

04.09.2022

Stellungnahme anlässlich der 18er-Fraktionsvorsitzendenkonferenz

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz stellt fest, dass die Ampel-Koalition den Sommer nicht genutzt hat, um Deutschland mit Blick auf die Ukraine-Krise und die steigenden Energiepreise auf den kommenden Winter angemessen vorzubereiten. Stattdessen wurde wertvolle Zeit durch koalitionsinterne Streitigkeiten vertan.

Das nun nach 18-stündigen Verhandlungen im Koalitionsausschuss vorliegende „Entlastungspaket III“, das die Bundesregierung nun vorgestellt hat, greift zwar einige von CDU/CSU seit längerem geforderte Maßnahmen auf (z. B. eine Energiepauschale für Rentner und Studenten, Anpassung in der Einkommenssteuer zu Vermeidung inflationsbedingter Steuererhöhung), doch die Bundesregierung lässt bei vielen Maßnahmen die Umsetzung offen, etwa wann und wie die Strompreisbremse konkret umgesetzt werden soll oder wie der Entlastungsbetrag für Rentner umgesetzt werden soll.

Vor allem aber fehlt nach wie vor ein Konzept der Bundesregierung, wie die „Energie-Angebotsseite“ verbessert werden kann. Ohne eine Steigerung des Energieangebots werden die Preise spürbar hoch bleiben. Klar ist, dass in dieser Situation alle Energiequellen genutzt werden müssen. Die Bundesregierung bleibt hier aus ideologischen Gründen untätig: Es gibt keine Entscheidung für die drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke und zum Hochfahren von Kohlekraftwerken sowie kein Bekenntnis zur stärkeren Nutzung von Biogas. Dabei brauchen die Kraftwerksbetreiber dringend Planungssicherheit, um die notwendigen Beschaffungen etwa von Braun- und Steinkohle jetzt anzugehen.

Die Bundesregierung verliert außerdem den Wirtschaftsstandort Deutschland völlig aus den Augen: Die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger jetzt ist richtig und wichtig. Die Unternehmen, vor allem die kleineren und mittelständigen Betriebe hat die Bundesregierung jedoch fast völlig vergessen. Die angekündigten Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus und gehen vielfach an den Betrieben vorbei. Nach wie vor gibt es keinen Industriestrompreis. Ganz im Gegenteil, die Bundesregierung will mit dem alleinigen Vorpreschen bei der globalen Mindestbesteuerung die Wettbewerbsfähigkeit weiter schwächen. Dabei bedürfte es jetzt entschiedener Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und damit der Perspektiven für die Menschen nicht nur mit Blick auf den kommenden Winter, sondern darüber hinaus.

Die Bundesregierung muss außerdem schnellstmöglich auf die Länder zugehen, denn es sind die Länder, die viele Maßnahmen umsetzen müssen, die Verwaltung stemmen und diese Maßnahmen erheblich mitfinanzieren. Die Länder fordern jetzt ihre Mitwirkungsrechte ein: Wer mitfinanzieren soll, hat auch ein Wort mitzureden. Das gilt zum Beispiel auch für die Nachfolge des 9-Euro-Tickets. Hier darf es keine Entscheidung über die Länder hinweg geben. Den Ländern ist dabei wichtig, dass vor allem der ländliche Raum konsequent mitgedacht wird. Der Bund muss die Länder bei der Umsetzung in jedem Fall auch finanziell angemessen unterstützen und die Regionalisierungsmittel stärken.